

Von Insidern und Outsidern: Zur Integrationsfähigkeit des deutschen Berufsbildungssystems

BETTINA KOHLRAUSCH

Traditionell garantiert das deutsche System der beruflichen Ausbildung eine enge Verknüpfung des Ausbildungssystems mit dem Arbeitsmarkt, vor allem durch die berufliche Sozialisation in betrieblichen Kontexten. Aufgrund dieser engen Verknüpfung ist es gelungen, sowohl für Jugendliche als auch für die Betriebe eine attraktive Alternative zu akademischen Ausbildungsgängen zu etablieren und Absolventen beruflicher Bildungsgänge gute Zugänge zu mittleren Berufspositionen zu sichern.

Aus der Perspektive der individuellen Bildungsverläufe eröffnen Ausbildungsgänge im Berufsbildungssystem die Möglichkeit, Schulabschlüsse generell, aber eben auch niedrige, in für den Arbeitsmarkt relevante Zertifikate zu verwandeln. Damit nivellieren sie die Effekte von Ungleichheiten beim Zugang zu schulischer Bildung zu einem gewissen Grad. Jene allerdings, denen der Übergang in das Berufsbildungssystem nicht gelingt, waren schon immer in einem hohen Maße von Arbeitsmarktmarginalisierung bedroht. In dieser Hinsicht hat das Berufsbildungssystem auch die Funktion, Schließungsmechanismen gegenüber An- und Ungelernten zu legitimieren und so Facharbeitern eine privilegierte Stellung im Erwerbssystem zu sichern. Diese Marginalisierungsrisiken für ausbildungslose Personen sind in den letzten eineinhalb Dekaden sogar noch gestiegen.

Allerdings stand das Berufsbildungssystem lange Zeit für eine sehr heterogene Bildungsgruppe offen. Einerseits bot es – aufgrund der engen Verknüpfung zwischen Ausbildung und Arbeitsmarkt und der kürzeren Ausbildungsdauer – auch Jugendlichen mit Abitur eine attraktive Alternative zu einem Studium. Wir wissen momentan jedoch nicht, wie sich die berufliche Bildung in einer durch den Bologna-Prozess veränderten Universitätslandschaft behauptet. Es könnte sein, dass hier duale Studiengänge neue Wege aufzeigen. Auf der anderen Seite waren für lange Zeit besonders Ausbildungsberufe im dualen System, die eine hohe Praxisorientierung bieten, für schulumüde Jugendliche mit weniger erfolgreichen Schulkarrieren eine gute Chance, den Übergang in eine stabile Erwerbslaufbahn zu bewältigen. Dieser letztgenannten Gruppe gelang in den jüngsten Dekaden jedoch der direkte Übergang in eine berufliche Ausbildung immer seltener. Stattdessen münden sie häufig zunächst in Maßnahmen des Übergangssystems.

Die Analyse der Integrationsfähigkeit des Berufsbildungssystems berührt daher auch die Frage, ob sich das beschriebene Ausbildungsangebot heute tatsächlich noch an alle Schulabgänger richtet, unabhängig davon, dass es formal zumindest für duale Ausbildungsgänge keine qualifikatorischen Eingangsvoraussetzungen gibt. Im ungünstigen Fall wären einige Jugendliche unterhalb eines bestimmten Qualifikationsniveaus von diesem Angebot inzwischen systematisch ausgeschlossen, so insbesondere Jugend-

liche, die keinen oder maximal einen Hauptschulabschluss erreichen. Wenn das Berufsbildungssystem zunehmend weniger in der Lage ist, auch diese Jugendlichen zu integrieren, so bedeutet dies in der Konsequenz, dass es seine Fähigkeit aufgegeben hat, kompensierend auf bisherige Bildungsverläufe zu wirken, und dass es stattdessen vor allem aus dem Schulsystem resultierende Bildungsungleichheiten verstärkt.

Hier gilt es zunächst zu analysieren, wie das Übergangssystem effektiver gestaltet werden kann. Viel grundsätzlicher stellt sich jedoch die Frage, ob das Übergangssystem selbst nicht als Instrument sozialer Schließung betrachtet werden muss. Eine gängige Erklärung für bestehende Übergangsprobleme bleibt bei der behaupteten mangelnden „Ausbildungsreife“ von Jugendlichen stehen. In den politischen Auseinandersetzungen um die Berufsbildung steht dieser Begriff für die Position von Vertretern der Wirtschaft, die wachsende Zahl von unvermittelten Ausbildungsberatern mit unzureichenden Qualifikationen der Jugendlichen zu erklären. Arbeitnehmervertreter streiten in der Regel ab, dass die Ursache für die hohe Zahl an unversorgten Ausbildungsplatzbewerbern vor allem bei den Jugendlichen selbst zu finden sei. Sie argumentieren, dass die massive Ausweitung des Übergangssystems in erster Linie der anhaltenden Lücke zwischen Angebot und Nachfrage an Ausbildungsplätzen geschuldet sei.

Zur Klärung der offenen Fragen sowie zur Begründung geeigneter politischer Antworten bedarf es daher eines detaillierten Blicks auf die Gründe für die Entstehung des Übergangssystems und auf die Entwicklung der Nachfragestruktur innerhalb des Systems der beruflichen Bildung. So muss beispielsweise untersucht werden, ob sich die qualifikatorischen Anforderungen der beruflichen Ausbildung tatsächlich erhöht haben. Die Chancen der Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz sind zudem dadurch bestimmt, ob die regionalen Ausbildungspolitikern eher auf Maßnahmen der Berufsvorbereitung oder auf den Ausbau über- oder außerbetrieblicher Ausbildungsplätze orientieren. Es ist somit auch das Ergebnis politischer Steuerungsprozesse, ob Jugendliche zu Insidern oder Outsidern des Berufsbildungssystems werden. ■

KONZEPT UND KOORDINATION DES SCHWERPUNKTHEFTES

BETTINA KOHLRAUSCH, Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) in Göttingen. Arbeitsschwerpunkte: Bildungsforschung, Arbeitsmarktforschung.

@ bettina.kohlrausch@sofi.uni-goettingen.de